

Sächsisches Elbzeitung

Tagblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 53 527

Korrespondent: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmontalich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tagesszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Widersprechen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 211 **Bad Schandau, Freitag, den 9. September 1927** 71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Gestern hat eine Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister Dr. Röhrer stattgefunden. Gegenstand der Beratung sei hauptsächlich die Frage der Deckung für die Erhöhung der Beamtengehälter gewesen. Eine Einigung darüber sei bisher nicht erzielt worden. Der Reichsfinanzminister sei entschlossen, keine Aenderung des Finanzausgleiches vorzunehmen.

* Einer Meldung aus Rangoon zufolge haben die amerikanischen Weltflieger am Donnerstagfrüh von Rangoon aus den Weiterflug nach Bangkok angetreten. Nach einer Meldung aus Tokio haben die Weltflieger für die Durchquerung des Stillen Ozeans einen Dampfer gechartert, da die japanische Regierung im Hinblick auf das bestehende Verbot des Ueberfliegens der Bonininseln, eines japanischen Flottenstützpunktes im Stillen Ozean, Schwierigkeiten bereite.

* Wie aus Chicago gemeldet wird, ereigneten sich gestern im südlichen Teile der Stadt drei Explosionen, durch die mehrere Häuser zerstört wurden. Drei Personen wurden getötet, zwei schwer verletzt. Die Ursache der Explosion wird geheim gehalten.

Das Pulverfaß.

In den Kreisen der „kleinen Entente“ erregt der englische Zeitungsbesitzer Lord Rothermere lebhafteste Unruhe. Er beschäftigt sich in seinen Zeitungen seit einigen Wochen mit den Zuständen in Ungarn und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß dieses Land infolge der Friedensverträge in einen Zustand versetzt ist, dem dringend im Interesse des europäischen Friedens abgeholfen werden muß. Der Engländer vertritt dabei die Auffassung, daß in erster Linie das Ungarn angetane territoriale Unrecht wieder gutgemacht werden muß. Man kann es sich denken, daß ein solcher Vorschlag bei den an Ungarn grenzenden Staaten, die sich ja, um ihren ungarischen Raub zu behalten und zur gegenseitigen Unterstützung, zu der sogenannten „kleinen Entente“ zusammengeschlossen haben, auf den größten Widerstand gestoßen ist.

Man wollte zuerst die ganze Angelegenheit möglichst übersehen. Als das nicht half, versuchte man den Lord als völlig einflußlos und als einen Mann mit überspannten Ideen hinzustellen. Das verfiel natürlich nicht. Alle Welt kennt den Einfluß dieses Mannes gerade in zeitungsstechnischer Beziehung. Man kennt seinen Einfluß auf die englische Öffentlichkeit und weiß, daß er es auch verstanden hat, eine große Anzahl amerikanischer Zeitungen für seine Anschauung günstig zu stimmen. Schließlich rechnete man damit, daß dem Manne einmal die Sache über werde und er seinen Feldzug einstellen würde. Auch darin hat man sich geirrt. Der Lord fährt immer größeres Geschütz auf und droht sogar, dafür einzutreten zu wollen, daß den widerspenstigen Staaten der englische und der amerikanische Geldmarkt gesperrt würde. Das dürfte nun nicht so leicht sein, zeigt aber immerhin den festen Willen, den Kampf weiterzuführen. Außerdem hat er es fertiggebracht, eine Reihe von englischen Unterhausmitgliedern für die Frage zu interessieren, die demnächst die Verhältnisse an Ort und Stelle studieren wollen.

Der Hauptzorn richtet sich dabei gegen die Tschechoslowakei, der ein deutliches Spiegelbild vorgehalten wird. Der Welt wird hier wohl zum erstenmal aus Ententemunde der wahre Charakter dieses Staates enthüllt. Lord Rothermere betont, daß es einen eigenen Tschechenstaat früher nie gegeben hat, sondern nur ein Böhmen, wobei auch erinnert wird an den Anteil, den eine englische Prinzessin in der böhmischen Geschichte spielte. Dieses Böhmen setzte sich aus vielen Völkern zusammen, die man jetzt, darunter etwa drei Millionen Deutsche und eine Million Ungarn, zu Tschechen machen will. Nicht mit Unrecht wird auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Tschechifizierungsmethoden der Prager Machthaber für den europäischen Frieden entstehen, so daß Europa alle Ursache hat, dieses „Pulverfaß“ zu beseitigen.

Lord Rothermere ist absolut nicht deutschfreundlich. Im Gegenteil, er weist darauf hin, daß es ihm nur daran liegt, aus Ungarn, wenn man seine Klagen vernehmen mag, einen guten Freund Englands und Frankreichs auf dem Kontinente zu machen. Trotzdem hat die ganze Angelegenheit auch für uns das größte Interesse, zumal bei Betrachtung der jetzigen Genfer Vorgänge, wo ja andere Staaten, die in einer ähnlichen Lage wie die Tschechoslowakei sind, sich mit allen Kräften bemühen, ihre jetzigen Grenzen zu stabilisieren, d. h., den an andern Völkern begangenen Raub zu vereiteln und die Auslieferung der Friedensverträge durch die Siegerstaaten als ein Noli me tangere hinzustellen.

Die englische Zeitung „Daily Mail“ erinnert im Zusammenhang mit der Rothermere-Aktion an einen Brief Lord Georges an einen Ungarn aus dem Jahre 1921. Darin weist dieser englische Staatsmann im Hinblick auf die Analliederuna ungarischen Gebietes an die Tschecho-

slowakei auf den Brief Clemenceaus hin, den dieser 1919 an die deutsche Delegation richtete mit dem ausdrücklichen Hinweise, daß die Staatsmänner die Möglichkeit wohl erwogen hätten, einzelne Klauseln der Friedensverträge später a b z u ä n d e r n. Das kann in diesem Zusammenhang so verstanden werden, daß auch territoriale Unrecht wieder gutgemacht werden kann. Es heißt nämlich ausdrücklich in dem Briefe, daß der Friede Europas nur dann bestehen könne, wenn allen Nationen in gleicher Weise Gerechtigkeit zuteil würde.

Aus diesen Gründen ist es empfehlenswert, wenn auch die deutsche Öffentlichkeit dieser Rothermere-Angelegenheit Aufmerksamkeit schenkt. Was für Ungarn gilt, gilt in noch höherem Grade für uns. Es ist nicht uninteressant zu sehen, daß sich an einzelnen Stellen der Welt schon das Bewußtsein regt und dort darauf hingewiesen wird, daß auch Deutschland gegenüber in territorialer Beziehung Unrecht getan worden ist.

Wirrwarr in Genf

Streit um die Friedensresolution.

Seltige Kritik am Völkerbund.

In Genfer Völkerbundkreisen herrscht großer Wirrwarr, der durch die polnischen Friedensvorschlüsse verursacht worden ist. Die Großmächte hatten sich dieser Vorschläge angenommen und waren nach langwierigen geheimen Beratungen übereingekommen, ihren Inhalt abzuändern und den dann fertiggestellten Text als eine Friedensresolution gemeinsam bei der Völkerbundversammlung einzubringen. Diese Friedensresolution sollte von Polen, England, Frankreich und Deutschland unterzeichnet werden, wobei auch noch andere Mächte ihre Unterstützung zugesagt hatten. Der Kernpunkt dieser Resolution bestand in der Erklärung, daß jeder zur Lösung internationaler Konflikte unternommene Krieg verboten bleibt und alle internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel entschieden werden müssen. Polen, das ursprünglich seine Zustimmung zu dieser neuen Resolution gegeben und auf die Einbringung seiner ursprünglichen Vorschläge verzichtet hatte, hat im letzten Augenblick seine Unterschrift unter diese Resolution wieder zurückgezogen, angeblich, um aus Warschau neue Instruktionen in dieser Frage einzuholen. Indessen heißt es, daß hinter diesem Schritt Polens wieder Frankreich stehen soll, das versucht, von England eine weitergehende Formulierung der Resolution zu erlangen, um damit vor allem den polnischen Wünschen entgegenzukommen, die auf eine unabänderliche Festlegung der jetzigen Grenze Polens hinführen.

Die Schwierigkeiten werden noch vergrößert, wenn man hört, daß auch Holland nicht darauf verzichten will, seine Anträge auf die Wiederaufnahme der Beratung der Grundzüge des Genfer Protokolls, das eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in allen internationalen politischen und rechtlichen Fragen vorsieht, zur Abstimmung in der Völkerbundversammlung zu stellen. Überhaupt zeigen sich in dieser Sitzung die Vertreter der kleinen Staaten gegenüber den Großmächten ziemlich aufässig und die in der Tendenz ziemlich übereinstimmenden Neben der Vertreter der kleineren Mächte wenden sich gegen die Sonderpolitik und das Überwiegen des Einflusses der Großmächte im Völkerbund.

Der dänische Minister des Äußeren betonte die Notwendigkeit der Verwirklichung der allgemeinen Abrüstungsverpflichtung, während der Japaner Wabai für eine wirksame Wiederaufnahme der Abrüstungsarbeiten plädierte, die mit Geduld und Beharrlichkeit gelöst werden könnten. Der litauische Ministerpräsident, Wolkenaras, gelangte zu der Feststellung, daß der Völkerbund die Pflicht habe, den Frieden zu organisieren; könne er das nicht, so werde er verschwinden.

Der Präsident der Norwegischen Kammer, Hambro, griff die Großmächte des Rats in scharfen Worten an und warf ihnen vor, daß noch nicht ein einziges ständiges Ratsmitglied das Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Haag unterzeichnet habe. Ferner beschwerte er (s.) scharf über die

Gheimpolitik der Ratsmitglieder

Besonders einer Gruppe von Großmächten, wofür die Gefahr geschaffen worden sei, daß die öffentliche Meinung der Welt sich gegen die Arbeiten in Genf wendet. Hambro glaubt ein Nachlassen des öffentlichen Interesses gegenüber dem Völkerbunde bereits heute feststellen zu können. Im Zusammenhang mit der Kritik an der Gheimdiplomatie des Rates verlangte Hambro, daß sich die 22 zurzeit in Genf weilenden Außenminister bewusst sein sollten, daß sie nicht bloß als Außenminister, sondern auch als Vertreter des Völkerbundes nach Genf kommen. Es wäre auch besser, wenn die Ratsmitglieder nicht so sehr aus den Kreisen der hauptsächlichsten Diplomatie der Großmächte entnommen wären.

Einer Verteidiger seiner Politik hat der Völkerbund in der Person des griechischen Delegierten Politis, der es in Abrede stellte, daß ein Versagen des Völkerbundes in bestimmten Konfliktfällen zu verzeichnen sei. Außerdem bestritt er, daß durch die Gheimdiplomatie irgendwelche

Nachteile für die Völkerbundstaaten entstanden seien. Hauptschuld an diesen Auffassungen sei die Übertreibung der Meinung von der Macht des Völkerbundes, der eine freie Verbindung Gleichgeordneter sei, die der eigenen Initiative der Mitglieder freien Spielraum lasse. Im übrigen trat er für die Verwirklichung des Genfer Protokolls ein. Die Ausführungen des griechischen Delegierten überraschten bei den Vertretern der kleinen Nationen, doch wird darauf hingewiesen, daß Politis mit seiner Rede auf die Erlangung einer Kandidatur im Räte hingezielt habe.

Wahl der drei nichtständigen Ratsmitglieder.

Die Wahl der drei nichtständigen Ratsmitglieder, die an die Stelle der auscheidenden Ratsmächte Belgien, Salvador und Tschechoslowakei treten sollen, ist auf Donnerstag, den 15. September, angesetzt worden. Künftig sollen die Ratswahlen jeweils am zweiten Montag im September, also eine Woche nach Beginn der Völkerbundversammlung, erfolgen. Im Falle, daß ein auscheidendes Ratsmitglied einen Antrag auf Wiederwählbarkeit stellt, soll die Völkerbundversammlung darüber am Formittag des Wahltages entscheiden. Dementsprechend wird über den vorliegenden Wiederwählbarkeitsantrag Belgiens ebenfalls am Donnerstag, den 15. September, Beschluß gefaßt werden.

Deutschlands Wahl in die Mandatskommission angenommen.

Genf, 8. September. Der Völkerbundsrat trat heute nachmittag um 1/4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der er den Bericht des holländischen Außenministers über die Tätigkeit der ständigen Mandatskommission entgegennahm. Der Rat nahm ohne Debatte den Antrag der Mandatskommission an, die Zahl der ständigen Mitglieder der Kommission durch Zuwahl eines deutschen Mitgliedes von 9 auf 10 zu erhöhen. In einer späteren geheimen Sitzung wird der Völkerbundsrat entsprechend seinem Beschluß auf der Juni-Tagung die Wahl des neuen deutschen Mitgliedes der Mandatskommission vornehmen.

Die Danziger Frage wieder verhandelt.

Auseinanderlegung

zwischen Dr. Strejemann und Kommissar Straßburger.

Genf, 8. September. Der Völkerbundsrat nahm heute nachmittag den Bericht des Präsidenten über die Regelung der Danziger Angelegenheit an. Nach dem Bericht fordert der Völkerbundsrat die polnische Regierung auf, bis zum 15. Oktober ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit dem Rat darzulegen. Ferner wird der Danziger Völkerbundskommissar aufgefordert, die Danziger und polnische Regierung zur Aufnahme ihrer Verhandlungen aufzufordern. Der Völkerbundsrat soll sich dahin in seiner Dezembertagung erneut mit dieser Angelegenheit befassen.

Senatspräsident Sahn gab seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß der Rat auf der gegenwärtigen Tagung noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme gekommen sei, da diese Angelegenheit kaum weiterer Klärung bedürfte. Die polnische Regierung habe in ihren Erklärungen vom 10. September 1921 selbst darauf hingewiesen, daß das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen infolge des Fehlens eines eigenen Hafens notwendig sei. Nunmehr sei der Gdinger Hafen vollständig ausgebaut, ferner würde es auf den polnischen Kriegsschiffen in Zukunft immer möglich sein, auf Grund der internationalen Bestimmungen den Danziger Hafen zu Reparaturzwecken anzulassen. Präsident Sahn betonte, er hoffe, daß nunmehr der Völkerbundsrat auf seiner Dezembertagung endlich eine endgültige Regelung finden werde.

Es entspann sich hierauf eine längere lebhaftige Debatte zwischen Reichsaussenminister Dr. Strejemann und dem polnischen Kommissar in Danzig, Straßburger, der zunächst erklärte, er hoffe, diese Frage werde in den Verhandlungen zwischen Danzig und Polen geklärt werden. Dr. Strejemann stellte hierauf den Antrag, der Militäruntersuchungskommission des Völkerbundes die einzige Frage vorzulegen, ob der Hafen von Gdingen bereits als Port d'attache für die polnische Flotte genüge, oder ob der Danziger Hafen bis zum endgültigen Ausbau des Gdinger Hafens noch weiter als Port d'attache für die polnische Flotte beibehalten